

Dresdner Volkspost

Postkontor: Dresden
Rz. 1208, Raden & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsbau...

Am Sonntag nicht wählen gehen!

Verleger: Südliche Staatsbank, Dresden, Markt d. Arbeiter, Augustellen u. Beamten, 10, Dresden, Gebrüder Arnold, Dresden

Bei Eintritt von Änderungen freierwilliger Art, ist es durch oder ohne Rücksicht auf den Inhalt, bei der Besetzung der Dresdner Volkspost kein Anspruch auf...

Abonnementspreis mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: 1,50 M. monatlich 4,50 M. jährlich 48 M. ...

Verlagsleitung: Bettendorfer Str. 10, Bernauer Str. 25 201, Dresden
Schickbriefstelle: Bettendorfer Str. 10, Bernauer Str. 25 201 u. 12 707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Normalzeile 25 Pf., die 50 mm breite Werbefläche 2 Pf., für auswärts 40 Pf., u. 2,50 M. ...

Nr. 88

Dresden, Freitag, den 15. April 1932

43. Jahrgang

Legalitätserklärungen wertlos

Von den Regierungstellen wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Innern hat Herrn Müller die ihm kürzlich übermittelten Legalitätserklärungen der nationalsozialistischen Führer und Unterführer am Donnerstag mit der Erklärung zurückgeschickt, daß es nicht auf die Masse der Legalitätserklärungen ankomme. Diese Erklärungen seien wertlos, solange der Geist einer Partei dem Inhalt ihrer Erklärungen nicht entspreche.

Am Mittwoch hat es Groener bereits abgelehnt, den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Goering, der im Auftrage Hitlers wegen der Auflösung der SA. vortreten sollte, zu empfangen.

Hitler schwindelt wieder

Am 14. wird mitgeteilt: Herr Hitler hat Berliner ausländischen Korrespondenten gegenüber behauptet, daß die Auflösung der SA. durch den Reichskanzler unter dem Druck des französischen Ministerpräsidenten erfolgt sei. Diese Behauptung ist vollkommen erfunden und verleiht lediglich den Zweck, die Reichsregierung zu verächtlichen und ihr Ansehen im In- und Ausland herabzusetzen.

Schwer belastendes Material

H. Darmstadt, 14. April. (Sp. Draht.) Amtlich wird mitgeteilt: Die im Zuge der Durchführung des Verbots der SA- und SS-Formationen in allen Landesteilen vorgenommenen Hausdurchsuchungen haben umfangreiches Material über den Charakter dieser Formationen und über die Tätigkeit zutage gefördert. Die Untersuchung wird beschleunigt werden. Sie hat aber schon jetzt ergeben, daß das Verbot der Reichsregierung in jeder Hinsicht berechtigt und dringend erforderlich war.

Hochhaus zusammengestürzt

Wierzig Menschen erschlagen

Newport, 15. April. (Sp. Funf.) In Columbus (Ohio) stürzte der Neubau eines hölzernen Bürohauses ein. Vorläufig werden 40 Personen vermißt, die wahrscheinlich Opfer der Katastrophe geworden sind. Das Unglück ist auf eine Explosion zurückzuführen, die vermutlich durch eine Entzündung der im Erdgeschos angeordneten Abwasserpase entstanden ist. Die Explosion hatte eine berartige Kraft, daß große Wärmehäute 200 und 300 Meter weit fortgeschleudert wurden.

Der Revolutionär



„Ich habe am 10. April für Hitler gestimmt, um eine wahrhaft revolutionäre Situation zu schaffen.“

Naziherrschaft in Sachsen?

Sozialdemokratie und Schief-Regierung - Das Verräterspiel der SPD.

Aus der Staatskanzlei wird uns geschrieben:

Ministerpräsident Schief hat am 28. Januar im Landtag gesagt, die Regierung werde von dem Volkswahl über die Landtagsauflösung alles das ausschließen, was als Behinderung der politischen Meinungsfreiheit empfunden werden könnte. Sie werde aber dazu beitragen, daß Wahrheit und Klarheit die Oberhand behalten. Alle diejenigen, denen hieran gelegen ist, bittet er, von der nachfolgenden Erklärung der Regierung Kenntnis zu nehmen.

Auf den 17. April hat die Regierung den Volkswahl beschuldigt, weil sie ihn nicht verzögern wollte und dieser Tag der frühestmögliche war; er war bereits Ende Februar hierfür in Aussicht genommen. Gegenüber den Angriffen auf die Regierung ist festzustellen, daß ihre Mitglieder die Geschäfte gegenüber jedermann gerecht und unparteiisch geführt, daß sie stets für Sauberkeit in der Verwaltung gesorgt und sie ihr ganzes Können, zu dem sie eine jahrzehntelange Beamtenaufbahn geführt hat, für das Wohl des Landes eingesetzt haben. Daß für die Regierung eines Landes, sie sei zusammengesetzt, wie sie wolle, die Möglichkeit, zu helfen und den Widerstand der Wirtschaft aufzuhalten, leider begrenzt sind, kann nur der bestritten, der die Größe der Schwierigkeiten nicht kennt. Gelungen ist es der Regierung, zugunsten der sächsischen Wirtschaft den Anteil Sachsens an den Reichsaufträgen erheblich zu steigern. Das Beste, was eine Landesregierung für die Wirtschaft ihres Landes heute tun kann, bleibt doch schließlich, daß sie selbst

so sparsam wie möglich

wirtschaftet. Freilich gibt es keine Sparsamkeit ohne Opfer. Wären z. B. nicht den Beamten und Ruhestandlern Opfer zeitig auferlegt worden, so hätten ihnen ihre Bezüge sehr bald auch

nicht in dem gefürzten Maße ausgezahlt werden können. Es wäre auch nicht möglich gewesen, den Wohlfahrtsverbänden über diesen schmerzlichen Winter hinwegzuhelfen und damit zugleich Ruhe und Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Die Regierung hätte gewünscht, die Hilfe, die ihr hierbei das Reich geleistet hat, wäre größer gewesen. Immerhin ist es ihr in zähen und sehr entscheidenden Verhandlungen gelungen, allein für die Wohlfahrtsverbände vom Reich während der letzten sechs Monate 42 000 000 M. zu erhalten. Wegen der zentralistischen Regierungsmethoden des Reiches hat sich die sächsische Regierung stets mit größter Entschiedenheit gewandt, entschiedener vielleicht als irgendeine andere deutsche Landesregierung. Der

Durchführung von Reichsmaßnahmen

deren Verfassungsmäßigkeit außer Zweifel steht, kann sich kein Land entziehen. Das gilt auch jetzt wieder für das reichsrechtliche Verbot der SA., das den Landesregierungen als feststehende Tatsache mitgeteilt worden ist. Daß die Kirche wegen ihrer Ansprüche gegen den Staat den Klagenweg beschritten hat, hat nicht an der Regierung gelegen, sondern daran, daß der Vertrag mit der Kirche bisher nicht die Genehmigung des Landtages fand. Die Regierung glaubt aber auch das Ihre getan zu haben, dem christlichen Glauben für seine Lebensüberzeugungen Raum zu schaffen. Die Beamten, die sie ernannt oder befördert hat, sind ausschließlich nach ihrer sachlichen Eignung und Tüchtigkeit ausgewählt worden. Die Regierung muß es aber ablehnen, wider Recht und Befehl Beamte allein um deswillen von ihrem Posten zu entfernen, weil sie auf ihn unter anderen politischen Verhältnissen berufen worden sind. Mit aller Entschiedenheit weist die Regierung den Versuch zurück, ihren nationalen Charakter angustosen. Bei jeder sich darbietenden Ge-

Mehe Wagemut!

Das Echo des gewerkschaftlichen Krisentongresses

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Eines hat der außerordentliche Kongress der freien Gewerkschaften, der am Mittwoch in Berlin stattfand, bestimmt erreicht: eine Alarmierung der Geister. Schon der starke Andrang der Presse zum Kongress war ein Zeichen dafür, daß die Arbeitsbeschaffung der Gewerkschaften wie ein Alarmruf gewirkt hat. Daß die Arbeitgeberpresse mit dem „freigewerkschaftlichen Krisentongress“ nicht einverstanden ist, versteht sich von selbst. Auch sonst begegnen die Forderungen des Kongresses in der Öffentlichkeit, wie aus den Pressestimmen hervorgeht, noch immer starken Bedenken und Zweifeln. Trotz alledem läßt sich jedoch an manchen Stellen deutlich beobachten, daß der Ruf der Gewerkschaften nach Arbeit wenigstens nicht mehr mit der fatalistischen Gelassenheit hingenommen wird, wie das bisher leider der Fall war. Auch bei der Regierung ist der Vorstoß der Gewerkschaften in der Arbeitsbeschaffung nicht ohne Eindruck geblieben. Sie wird, wie wir hören, in Kürze von neuem zu der Arbeitsbeschaffung Stellung nehmen.

Die ernste Kritik der Arbeitgeberpresse, wie sie zum Beispiel in der Kölnischen Zeitung zum Ausdruck kommt, betont, die Vorschläge des ADGB, Kländen und Helsen mit der These, daß im Frühjahr 1933 der wirtschaftliche Wiederaufstieg beginne, und daß dann die für ein Jahr berechnete Arbeitsbeschaffung entbehrt werden könne. Es sei aber ein gefährliches Unterfangen, in eine völlig ungeklärte Wirtschaftslage hinein die Wirtschaftsanfurbelung vorzunehmen. An dieser Beurteilung könne auch die Frage der Gewerkschaften nichts ändern, was denn geschehe, wenn auf die Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms zunächst verzichtet werde. Stegerwald habe ja gesagt, daß es besser sei, wenn nichts geschehe, als daß durch kopfloses Handeln eine Inflationsgefahr heraufbeschworen werde. In der Frage der Arbeitszeit habe der Reichsarbeitsminister den Gewerkschaften entgegenkommen in Aussicht gestellt. Gewiß werde in vielen Fällen eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit möglich und sogar notwendig sein. Sie werde aber ohne Befehl oder Verordnung und sogar ohne jedes Zutun der Behörden vor sich gehen. Wo aber die Beibehaltung der bisherigen Arbeitszeit wirtschaftlichen Vorteil bringe, sei es unverantwortlich, sie einem schematischen Grundgesetz zuliebe zu verkürzen.

Das Kölner Unternehmerorgan ist also mit der bisherigen Zurückhaltung der Regierung in der Arbeitsbeschaffung durchaus zufrieden. Nur die Arbeitszeitfrage macht ihm Sorge, weil die Regierung, wie der Reichsarbeits-

minister auf dem Kongress erklärt hat, ihre bisher abwartende Haltung in der Frage der Arbeitsbeschaffung im Laufe dieses Jahres nicht beibehalten könne.

Ähnlichen und neuen Bedenken begegnen die Forderungen des Kongresses in der Presse auch über den Kreis der Arbeitgeberorgane hinaus. So sieht die Frankfurter Zeitung in der Arbeitsbeschaffung, wie sie die Gewerkschaften fordern, eine isolierte Konjunkturbewegung mit bedenklichen Folgen für die deutsche Devisen- und Zahlungsbilanz. Kein Land, und am allerwenigsten Deutschland, so betont das Frankfurter Organ, könne sich aus dem internationalen Zusammenhang lösen, ohne daraus die letzten Konsequenzen zu ziehen. Im übrigen sei die bisherige Wirtschaftspolitik der Regierung Voraussetzung für eine bestimmte Außenpolitik gewesen. Die Entscheidungen müßten in diesem Sommer fallen, und sie könnten nur dann in einem für Deutschland günstigen Sinne erfolgen, wenn man sich auf dem klaren Wege halte, den bisher Regierung und Reichsbank gegangen seien. Das schließe aber natürlich nicht aus, daß man mit den Mitteln der Kredithilfe bis an die erträgliche Grenze gebe und jede Entlastung der Reichsbank in eine Entlastung der Gesamtwirtschaft umsetze. Das sei auch bisher geschehen.

Das ist eben die Frage, ob wirklich bisher im Rahmen des Möglichen alles geschehen ist, was zur Entlastung des Arbeitsmarktes zu tun möglich war. Die Gewerkschaften sind der Auffassung, daß mehr getan werden kann. Und wenn nicht alle Zeichen trügen, dürfte auch in nächster Zeit etwas mehr getan werden. Wenn man will, kann man sogar in der schwierigen Frage der Arbeitsbeschaffung trotz allen Bedenken, die immer wieder den Gewerkschaften gegenüber angeführt werden, die aber diesen Gewerkschaften auch nicht unbekannt sind, etwas erreichen. Wenn man will, vertraut man sich vielleicht sogar auch etwas zu riskieren, ohne dabei gleich Kopf und Argen zu riskieren. Die Angst, das Arbeitsbeschaffungsjahr der Gewerkschaften könne vorübergehen und der Wiederaufstieg doch nicht eintreten, mutet etwas komisch an. So ganz grundlos erscheint uns auch nicht die Bekämpfung der innerpolitischen Unruhe durch Vermehrung der Arbeit. Man hofft, daß das Ausland die Stimme des Gewerkschaftskongresses beherzigt und Deutschland gegenüber zur rechten Zeit Vernunft und Entgegenkommen zeigt. Auch wir erwarten das vom Ausland. Aber das Vertrauen von außen wird sich um so schneller zeigen, je mehr bei uns im inneren Vertrauen zum Staat wiederkehrt. Je mehr, und je schneller Festigung im Innern sich durchsetzt, und dazu braucht man Arbeit und Brot, um so eher und um so mehr Vertrauen man gewinnt.